

richtungen des imperialistischen Herrschaftssystems wird dabei in nicht unwesentlichem Maße durch den BND und das BMB koordiniert und gesteuert. Als dem BMB nachgeordnetes Organ fungiert das "Gesamtdeutsche Institut - Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben" (BfGA), das in der BRD die "DDR-Forschung" lenkt, im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit die BRD-Bürger im Sinne des "gesamtdeutschen Gedankens" manipuliert und auf dem Wege der Organisierung von Hilfs- und Betreuungsmaßnahmen sowie des Besucherdienstes für DDR-Bürger ideologisch aufweichend und zersetzend in die DDR hineinwirkt. In Westberlin unterhält das BfGA darüber hinaus die Einrichtung "Deutschland-Information", die verstärkt Bürger aus kapitalistischen Ländern vor Besuchen in die DDR ideologisch manipuliert.

Des Weiteren hat das Wirken solcher Feindorganisationen, wie der sogenannten "Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte" in Frankfurt/Main und des Vereins "Hilferufe von drüben" in Lippstadt einen bedeutenden Stellenwert bei der Erzeugung feindlich-negativer Einstellungen von DDR-Bürgern sowie dem Inspirieren und Organisieren feindlich-negativer Handlungen. Diese nichtstaatlichen Organisationen führen unter dem Deckmantel des "Schutzes und der Verteidigung der Menschenrechte" regelrechte Hetzkampagnen gegen die DDR durch, indem sie selbst herausgegebene Zeitschriften, Pressemitteilungen, Rundbriefe, Informationsblätter und Handzettel in die DDR einschleusen bzw. in den elektronischen Massenmedien der BRD und Westberlins verbreiten lassen und über BRD-Bürger zu diesem Zweck postalische oder persönliche Kontakte zu Personen in der DDR herstellen.

Die empirischen Untersuchungsergebnisse beweisen, daß durch die vorgenannte subversive Tätigkeit dieser feindlich tätigen Organisationen eine Reihe von DDR-Bürgern sich feindlich-negativ beeinflussen ließen, zu entsprechenden feindlich-negativen Handlungen zur Erzwingung einer angestrebten Übersiedlung in die BRD bzw. nach Westberlin übergangen und dabei gegebenen Orientierungen für ein Vorgehen gegen die staatlichen Organe der DDR folgten.